

## Spezial-Synopse

## Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG) - Geschlechtsneutrale Formulierung

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
	<b>Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG)</b>	
	<p><i>Das Verwaltungsgericht des Kantons Zug,</i></p> <p>gestützt auf § 56 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG) vom 1. April 1976[BGS <a href="#">162.1</a>],</p> <p><i>beschliesst:</i></p>	
	<b>I.</b>	
	Der Erlass BGS <a href="#">162.11</a> , Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG) vom 14. Januar 1977 (Stand 28. Februar 2025), wird wie folgt geändert:	
<b>§ 1</b> Amtseid und Amtsgelöbnis  <sup>1</sup> Der Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsgerichtes leisten das Amtsgelöbnis in der ersten Sitzung der Amtsperiode; die Ersatzleute in der ersten Sitzung, zu der sie beigezogen werden.	<b>§ 1 Abs. 1 (geändert)</b>  <sup>1</sup> <del>Der Präsident und die</del> Die Mitglieder des <del>Verwaltungsgerichtes</del> <u>Verwaltungsgerichts</u> leisten das Amtsgelöbnis in der ersten Sitzung der Amtsperiode; die <del>Ersatzleute</del> <u>Ersatzmitglieder</u> in der ersten Sitzung, zu der sie beigezogen werden.	<b>§ 1 Abs. 1 (geändert)</b>  <sup>1</sup> Die Mitglieder des Verwaltungsgerichts leisten <u>den Amtseid oder</u> das Amtsgelöbnis in der ersten Sitzung der Amtsperiode; die Ersatzmitglieder in der ersten Sitzung, zu der sie beigezogen werden.
<b>§ 2</b> Wahl des Vizepräsidenten  <sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht wählt den Vizepräsidenten aus seinen Mitgliedern.	<b>§ 2 Abs. 1 (geändert)</b> Wahl <u>der Vizepräsidentin oder</u> des Vizepräsidenten ( <b>Überschrift geändert</b> )  <sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht wählt <u>die Vizepräsidentin oder</u> den Vizepräsidenten aus seinen Mitgliedern.	<b>§ 2</b> Wahl <del>der Vizepräsidentin oder</del> des Vizepräsidenten <u>Vizepräsidiums</u> ( <b>Überschrift geändert</b> )

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p><b>§ 3</b> Gesamtgericht</p> <p><sup>1</sup> Dem Gesamtgericht obliegen folgende Geschäfte:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wahl des Vizepräsidenten;</li> <li>2. Bestellung der Kammern und Wahl je eines Vorsitzenden der einzelnen Kammern sowie Bezeichnung der Einzelrichter, wo die Gesetzgebung dies vorsieht;</li> <li>3. Wahl der Gerichtsschreiber, des Generalsekretärs und des Kanzleipersonals sowie Wahrnehmung der Aufsicht gemäss Verantwortlichkeitsgesetz;</li> <li>6. Verabschiedung des Voranschlages zuhanden des Regierungsrates;</li> <li>7. Festsetzung der Besoldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Personalgesetzes.</li> <li>8. Erstattung des Rechenschaftsberichtes zuhanden des Kantonsrates;</li> <li>10. Beurteilung von grundsätzlichen Rechtsfragen, die ihm von einer Kammer oder vom Präsidenten vorgelegt werden.</li> </ol>	<p><b>§ 3 Abs. 1, Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Dem Gesamtgericht obliegen folgende Geschäfte:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>(geändert)</b> Wahl <u>der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten</u>;</li> <li>2. <b>(geändert)</b> Bestellung der Kammern und Wahl je eines <u>der</u> Vorsitzenden der einzelnen Kammern sowie Bezeichnung der <u>Einzelrichterinnen und Einzelrichter</u>, wo die Gesetzgebung dies vorsieht;</li> <li>3. <b>(geändert)</b> Wahl der <u>Gerichtsschreiber, des Generalsekretärs und des Kanzleipersonals</u> <u>Personals der Gerichtskanzlei</u> sowie Wahrnehmung der Aufsicht gemäss Verantwortlichkeitsgesetz[BGS <a href="#">154.11</a>];</li> <li>6. <b>(geändert)</b> Verabschiedung des <u>Voranschlages Voranschlages</u> zuhanden des Regierungsrates <u>Kantonsrats</u>;</li> <li>7. <b>(geändert)</b> Festsetzung der Besoldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Personalgesetzes.;</li> <li>8. <b>(geändert)</b> Erstattung des <u>Rechenschaftsberichtes</u> <u>Rechenschaftsberichts</u> zuhanden des Kantonsrates <u>Kantonsrats</u>;</li> <li>10. <b>(geändert)</b> Beurteilung von grundsätzlichen Rechtsfragen, die ihm von einer Kammer oder vom <u>Präsidenten</u> <u>Präsidium</u> vorgelegt werden.;</li> </ol>	<p><b>§ 3 Abs. 1</b></p> <p><sup>1</sup> Dem Gesamtgericht obliegen folgende Geschäfte:</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>11. Aufsicht über die Schätzungskommission und Genehmigung der Geschäftsordnung der Schätzungskommission gemäss den §§ 61 Abs. 3 und 61a Abs. 4 des Planungs- und Baugesetzes[BGS <a href="#">721.11</a>].</p> <p><sup>2</sup> Für die Behandlung von Verwaltungsgeschäften ist das Gesamtgericht bei Anwesenheit von mindestens fünf Richtern beschlussfähig. Die Wahl der Beamten und Angestellten erfolgt nach den Vorschriften von § 26 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates[BGS <a href="#">151.1</a>].</p>	<p><sup>2</sup> Für die Behandlung von Verwaltungsgeschäften ist das Gesamtgericht bei Anwesenheit von mindestens fünf <del>Richtern</del><u>Mitgliedern</u> beschlussfähig. Die Wahl der <del>Beamten und Angestellten</del> erfolgt nach den Vorschriften von § 26 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates<del>Regierungsrates</del>[BGS <a href="#">151.1</a>].</p>	<p>11. <b>(geändert)</b> Aufsicht über die Schätzungskommission und Genehmigung der Geschäftsordnung der Schätzungskommission gemäss <del>den §§ 61 Abs. 3 § 61 Abs. 3 und 61a Abs. 4 § 61a Abs. 4</del> des Planungs- und Baugesetzes[BGS <a href="#">721.11</a>].</p>
<p><b>§ 4</b> Organisation</p> <p><sup>2</sup> Die Kammern bestehen aus je fünf Mitgliedern. Sie urteilen in Fünfer- oder Dreierbesetzung gemäss § 20. Bei Verhinderung eines Mitgliedes der Dreierkammer werden in erster Linie die weiteren Mitglieder der Kammer beigezogen, in zweiter Linie die übrigen ordentlichen Mitglieder des Gerichts und die Ersatzmitglieder. Dabei sind die §§ 10 und 12 sinngemäss anwendbar.</p>	<p><b>§ 4 Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>2</sup> Die Kammern bestehen aus je fünf Mitgliedern. Sie urteilen in Fünfer- oder Dreierbesetzung gemäss § 20. Bei Verhinderung eines <del>Mitgliedes</del><u>Mitglieds</u> der Dreierkammer werden in erster Linie die weiteren Mitglieder der Kammer beigezogen, in zweiter Linie die übrigen ordentlichen Mitglieder des Gerichts und die Ersatzmitglieder. Dabei sind die §§ 10 und 12 sinngemäss anwendbar.</p>	<p><b>§ 4 Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>2</sup> Die Kammern bestehen aus je fünf Mitgliedern. Sie urteilen in Fünfer- oder Dreierbesetzung gemäss § 20. Bei Verhinderung eines Mitglieds der Dreierkammer werden in erster Linie die weiteren Mitglieder der Kammer beigezogen, in zweiter Linie die übrigen ordentlichen Mitglieder des Gerichts und die Ersatzmitglieder. Dabei sind <del>die §§ 10 § 10 und 12</del> <u>§ 12</u> sinngemäss anwendbar.</p>
<p><b>§ 5</b> Verwaltungsrechtliche Kammer</p> <p><sup>1</sup> Die verwaltungsrechtliche Kammer beurteilt:</p>	<p><b>§ 5 Abs. 1</b></p> <p><sup>1</sup> Die verwaltungsrechtliche Kammer beurteilt:</p>	<p><b>§ 5 Abs. 1</b></p> <p><sup>1</sup> Die verwaltungsrechtliche Kammer beurteilt:</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>2. die Streitigkeiten vorwiegend vermögensrechtlicher Art nach kantonalem Recht gemäss § 76 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes, ausgenommen Beschwerden gegen Verfügungen der Familienausgleichskassen (§ 76 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes);</p> <p>4. Beschwerden und Haftüberprüfungen im Zusammenhang mit Entfernungs-, Fernhalte- und Zwangsmassnahmen gemäss §§ 64 ff. des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer[SR <a href="#">142.20</a>] in Einzelrichterkompetenz.</p>	<p>2. <b>(geändert)</b> die Streitigkeiten vorwiegend vermögensrechtlicher Art nach kantonalem Recht gemäss § 76 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes, ausgenommen Beschwerden gegen Verfügungen der Familienausgleichskassen (<del>§ 76 Ziffer 1</del> <u>§ 76 Abs. 1 Ziff. 1</u> des Verwaltungsrechtspflegegesetzes)<del>Verwaltungsrechtspflegegesetzes</del>[BGS <a href="#">162.1</a>];</p> <p>4. <b>(geändert)</b> Beschwerden und Haftüberprüfungen im Zusammenhang mit Entfernungs-, Fernhalte- und Zwangsmassnahmen gemäss §§ 64 ff. des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer <u>und über die Integration</u>[SR <a href="#">142.20</a>] in Einzelrichterkompetenz.</p>	<p>4. <b>(geändert)</b> Beschwerden und Haftüberprüfungen im Zusammenhang mit Entfernungs-, Fernhalte- und Zwangsmassnahmen gemäss <del>§§ 64</del> <u>§ 64</u> ff. des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer <u>und über die Integration</u>[SR <a href="#">142.20</a>] in Einzelrichterkompetenz.</p>
<p><b>§ 6</b> Abgaberechtliche Kammer</p> <p><sup>1</sup> Die abgaberechtliche Kammer beurteilt:</p> <p>1. die Steuerstreitigkeiten (§ 74 und § 75 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes);</p> <p>3. Rekurse gegen Steuererlasse durch einen Einzelrichter / eine Einzelrichterin.</p>	<p><b>§ 6 Abs. 1</b></p> <p><sup>1</sup> Die abgaberechtliche Kammer beurteilt:</p> <p>1. <b>(geändert)</b> die Steuerstreitigkeiten (§ 74 und § 75 des <del>Verwaltungsrechtspflegegesetzes</del>)<del>Verwaltungsrechtspflegegesetzes</del>[BGS <a href="#">162.1</a>];</p> <p>3. <b>(geändert)</b> Rekurse gegen Steuererlasse durch <del>einen Einzelrichter / eine Einzelrichterin</del> <u>bzw. einen Einzelrichter</u>.</p>	
<p><b>§ 7</b> Sozialversicherungsrechtliche Kammer</p> <p><sup>1</sup> Die sozialversicherungsrechtliche Kammer beurteilt:</p>	<p><b>§ 7 Abs. 1</b></p> <p><sup>1</sup> Die sozialversicherungsrechtliche Kammer beurteilt:</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
1. die Beschwerden gegen die Verfügungen der Familienausgleichskassen gemäss § 76 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes;	1. <b>(geändert)</b> die Beschwerden gegen die Verfügungen der Familienausgleichskassen gemäss <del>§ 76 Ziffer 1</del> § 76 Abs. 1 Ziff. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS <a href="#">162.1</a> ];	
<p><b>§ 9</b> Präsident – Zuständigkeit</p> <p><sup>1</sup> Dem Präsidenten obliegen:</p> <p>2. die Abschreibung von Angelegenheiten, die infolge Rückzuges, Anerkennung, Vergleichs oder aus anderen Gründen gegenstandslos geworden sind;</p> <p>3. die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und des unentgeltlichen Rechtsbeistandes gemäss § 27 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes;</p> <p>5. die Vertretung des Gerichtes nach aussen;</p> <p>7. Die Erledigung der anfallenden Verwaltungsgeschäfte, soweit diese nicht in die Zuständigkeit des Gesamtgerichtes fallen.</p> <p><sup>2</sup> Ist ein Geschäft einer Kammer zugewiesen, so übt ihr Vorsitzender hinsichtlich der Verfahrensleitung und Verfahrenserledigung alle Befugnisse aus, welche die Gesetzgebung oder diese Geschäftsordnung, insbesondere in § 9 Abs. 1 Ziff. 2 bis 4 und Ziff. 6, §§ 11 und 12 sowie §§ 17 bis 32, dem Präsidenten überträgt.</p>	<p><b>§ 9 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)</b> <del>Präsident</del>Präsidium – Zuständigkeit (<b>Überschrift geändert</b>)</p> <p><sup>1</sup> Dem <del>Präsidenten</del>Präsidium obliegen:</p> <p>2. <b>(geändert)</b> die Abschreibung von Angelegenheiten, die infolge <del>Rückzuges</del>Rückzugs, Anerkennung, Vergleichs oder aus anderen Gründen gegenstandslos geworden sind;</p> <p>3. <b>(geändert)</b> die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und des unentgeltlichen <del>Rechtsbeistandes</del>Rechtsbeistands gemäss § 27 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS <a href="#">162.1</a>];</p> <p>5. <b>(geändert)</b> die Vertretung des <del>Gerichtes</del>Gerichts nach aussen;</p> <p>7. <b>(geändert)</b> Die Erledigung der anfallenden Verwaltungsgeschäfte, soweit diese nicht in die Zuständigkeit des <del>Gesamtgerichtes</del>Gesamtgerichts fallen.</p> <p><sup>2</sup> Ist ein Geschäft einer Kammer zugewiesen, so übt ihr <del>Vorsitzender</del>Vorsitz hinsichtlich der Verfahrensleitung und Verfahrenserledigung alle Befugnisse aus, welche die Gesetzgebung oder diese Geschäftsordnung, insbesondere in § 9 Abs. 1 Ziff. 2 bis 4 und Ziff. 6, §§ 11 und 12 sowie §§ 17 bis 32, dem <del>Präsidenten</del>Präsidium überträgt.</p>	<p><b>§ 9 Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>2</sup> Ist ein Geschäft einer Kammer zugewiesen, so übt ihr Vorsitz hinsichtlich der Verfahrensleitung und Verfahrenserledigung alle Befugnisse aus, welche die Gesetzgebung oder diese Geschäftsordnung, insbesondere in § 9 Abs. 1 Ziff. 2 bis 4 und Ziff. 6, <del>§§ 11 und 12</del><sup>§§ 11 und 12</sup> sowie <del>§§ 17 bis 32</del><sup>§§ 17 bis 32</sup>, dem Präsidium überträgt.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p><b>§ 10</b> Präsident – Stellvertretung</p> <p><sup>1</sup> Der Präsident wird bei Verhinderung durch den Vizepräsidenten und falls auch dieser verhindert ist, durch einen Kammervorsitzenden vertreten. Kammervorsitzende vertreten sich gegenseitig. Dabei obliegt die Vertretung in erster Linie dem amtsälteren, unter gleichzeitig gewählten dem der Geburt nach älteren Vorsitzenden. Nach der gleichen Ordnung vertreten nötigenfalls die weiteren Mitglieder den Präsidenten oder Kammervorsitzenden.</p>	<p><b>§ 10 Abs. 1 (geändert)</b> <del>Präsident</del><u>Präsidium</u> – Stellvertretung (<b>Überschrift geändert</b>)</p> <p><sup>1</sup> <del>Der</del><u>Die Präsidentin oder der</u> Präsident wird bei Verhinderung <u>in erster Linie durch die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten und falls auch dieser verhindert ist, vertreten, bei deren Verhinderung durch ein</u><del>die</del> Kammervorsitzenden <del>vertreten</del><u>vertreten</u>. Kammervorsitzende vertreten sich gegenseitig. Dabei <del>obliegt</del><u>erfolgt</u> die Vertretung in erster Linie <del>dem amtsälteren nach Amtsalter</del><u>dem amtsälteren nach Amtsalter</u>, unter gleichzeitig gewählten <del>dem der Geburt</del><u>Gewählten</u> nach <del>älteren</del><u>älteren</u> Vorsitzenden. <u>Lebensalter</u>. Nach der gleichen Ordnung vertreten nötigenfalls die weiteren Mitglieder <del>den Präsidenten</del><u>Gerichtsmitglieder des Präsidium</u> oder <del>die</del><u>die</u> Kammervorsitzenden.</p>	
<p><b>§ 11</b> Ausstand</p> <p><sup>1</sup> Über ein Ausstandsbegehren gegen ein Mitglied des Gerichtes entscheidet die entsprechende Kammer, wobei das angefochtene Mitglied in Ausstand zu treten hat.</p> <p><sup>2</sup> Der Präsident entscheidet über ein Ausstandsbegehren gegen den Gerichtsschreiber.</p>	<p><b>§ 11 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Über ein Ausstandsbegehren gegen ein Mitglied des <del>Gerichtes</del><u>Gerichts</u> entscheidet die entsprechende Kammer, wobei das angefochtene Mitglied in Ausstand zu treten hat.</p> <p><sup>2</sup> <del>Der Präsident</del><u>Das Präsidium</u> entscheidet über ein Ausstandsbegehren gegen <u>die Gerichtsschreiberin oder</u> den Gerichtsschreiber.</p>	
<p><b>§ 12</b> Ersatzmitglieder</p>	<p><b>§ 12 Abs. 1 (geändert)</b></p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p><sup>1</sup> Der Präsident zieht ein Ersatzmitglied bei, wenn ein Mitglied des Gerichtes verhindert ist oder wenn es angezeigt erscheint, ein Ersatzmitglied mit besonderen Fachkenntnissen beizuziehen; im zweiten Fall ist das Einverständnis des zu ersetzenden Mitgliedes notwendig.</p>	<p><sup>1</sup> <del>Der Präsident</del>Das Präsidium zieht ein Ersatzmitglied bei, wenn ein Mitglied des <del>Gerichtes</del>Gerichts verhindert ist oder wenn es angezeigt erscheint, ein Ersatzmitglied mit besonderen Fachkenntnissen beizuziehen; im zweiten Fall ist das Einverständnis des zu ersetzenden <del>Mitgliedes</del>Mitglieds notwendig.</p>	
<p><b>§ 13</b> Generalsekretär und Gerichtsschreiber</p> <p><sup>1</sup> Der Generalsekretär ist dem Präsidenten unterstellt. Er leitet die gesamte Tätigkeit der Gerichtskanzlei und ist der Gerichtsschreiber des Gesamtgerichts.</p> <p><sup>2</sup> An den Sitzungen der einzelnen Kammern nimmt ein Gerichtsschreiber teil, der beratende Stimme und das Recht hat, Anträge zu stellen. Der Gerichtsschreiber ist für die Redaktion der Entscheide der entsprechenden Kammer verantwortlich.</p>	<p><b>§ 13 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)</b> <del>Generalsekretär</del>Generalsekretariat und <del>Gerichtsschreiberinnen sowie Gerichtsschreiber</del> (Überschrift geändert)</p> <p><sup>1</sup> <del>Der Generalsekretär</del>Das Generalsekretariat ist dem <del>Präsidenten</del>Präsidium unterstellt. <del>Er</del>Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär leitet die gesamte Tätigkeit der Gerichtskanzlei und ist <del>der</del>Gerichtsschreiberin bzw. Gerichtsschreiber des Gesamtgerichts.</p> <p><sup>2</sup> An den Sitzungen der einzelnen Kammern nimmt <u>eine Gerichtsschreiberin oder ein Gerichtsschreiber</u> teil, <del>der beratende mit beratender</del> Stimme und <u>das dem</u> Recht hat, Anträge zu stellen. <del>Der</del>Die Gerichtsschreiberin bzw. der Gerichtsschreiber ist für die Redaktion der Entscheide der entsprechenden Kammer verantwortlich.</p>	
<p><b>§ 15</b> Auditoren</p> <p><sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht beschäftigt Auditoren, die zu ihrer Ausbildung beim Gericht zu arbeiten wünschen.</p> <p><sup>2</sup> Die Auditoren können im Verfahren vor Einzelrichter und im Beweisverfahren zur Protokollführung beigezogen werden.</p>	<p><b>§ 15 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)</b> <del>Auditorinnen und Auditoren</del> (Überschrift geändert)</p> <p><sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht beschäftigt <u>Auditorinnen und Auditoren</u>, die zu ihrer Ausbildung beim Gericht zu arbeiten wünschen.</p> <p><sup>2</sup> <del>Die Auditoren</del> <u>Sie</u> können im <u>einzelrichterlichen</u> Verfahren <del>vor Einzelrichter</del> und im Beweisverfahren zur Protokollführung beigezogen werden.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p><sup>3</sup> Die Vorschriften der Geschäftsordnung des Obergerichtes für die Gerichtskanzlei, die die Auditoren betreffen, sind sinngemäss anwendbar.[BGS <a href="#">161.113</a>]</p>	<p><sup>3</sup> Die Vorschriften der Geschäftsordnung des Obergerichtes <del>Obergerichts</del> für die Gerichtskanzlei, die <del>welche</del> die <del>Auditorinnen und</del> Auditoren betreffen, sind sinngemäss anwendbar[BGS <a href="#">161.112</a>].</p>	
<p><b>§ 16</b> Überwachung der Geschäftsführung</p> <p><sup>1</sup> Der Präsident überwacht die Geschäftsführung des Gerichtes und sorgt für rasche Erledigung der Geschäfte.</p>	<p><b>§ 16 Abs. 1 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> <del>Der Präsident</del>Das Präsidium überwacht die Geschäftsführung des <del>Gerichtes</del>Gerichts und sorgt für rasche Erledigung der Geschäfte.</p>	
<p><b>§ 17</b> Einberufung des Gerichtes</p> <p><sup>1</sup> Der Präsident versammelt das Gericht und ergänzt es allenfalls durch Ersatzleute.</p>	<p><b>§ 17 Abs. 1 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> <del>Der Präsident</del>Das Präsidium versammelt das Gericht und ergänzt es allenfalls durch Ersatzleute <del>Ersatzmitglieder</del>.</p>	
<p><b>§ 18</b> Leitung des Verfahrens</p> <p><sup>1</sup> Der Präsident trifft die zur Leitung des Verfahrens notwendigen Verfügungen, insbesondere:</p> <p>1. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gemäss § 66 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes;</p> <p><sup>2</sup> Der Präsident kann den Gerichtsschreiber mit Vorkehrungen, welche zur Leitung des Verfahrens gehören, beauftragen.</p>	<p><b>§ 18 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> <del>Der Präsident</del>Das Präsidium trifft die zur Leitung des Verfahrens notwendigen Verfügungen, insbesondere:</p> <p>1. <b>(geändert)</b> Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gemäss § 66 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS <a href="#">162.1</a>];</p> <p><sup>2</sup> <del>Der Präsident</del>Das Präsidium kann <del>den</del>die <del>Gerichtsschreiberinnen und</del> Gerichtsschreiber mit Vorkehrungen, welche zur Leitung des Verfahrens gehören, beauftragen.</p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p><b>§ 19</b> Referent</p> <p><sup>1</sup> Der Präsident bezeichnet für jedes Geschäft einen Richter als Referenten, soweit er nicht selbst als Referent amtiert.</p> <p><sup>2</sup> Der Präsident kann die Leitung des Beweisverfahrens sowie die Vornahme der nötigen verfahrensrechtlichen Anordnungen einem Referenten delegieren. Die jeweiligen Zeichnungs- und Anweisungsberechtigungen gemäss Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung am Verwaltungsgericht (ZAV VG) vom 19. Februar 2024 sind <a href="#">[BGS 162.1]</a> zu respektieren.</p> <p><sup>3</sup> Der Referent unterbreitet dem Gericht einen schriftlichen Antrag oder einen Urteilsentwurf.</p>	<p><b>§ 19 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)</b> <del>Referent</del><u>Referat</u> (Überschrift geändert)</p> <p><sup>1</sup> <del>Der Präsident</del><u>Das Präsidium</u> bezeichnet für jedes Geschäft <del>einen Richter</del><u>ein Gerichtsmitglied</u> als <del>Referentin oder Referenten</del>, <del>soweit er nicht selbst als Referent amtiert.</del></p> <p><sup>2</sup> <del>Der Präsident</del><u>Das Präsidium</u> kann die Leitung des Beweisverfahrens sowie die Vornahme der nötigen verfahrensrechtlichen Anordnungen <u>einer Referentin oder</u> einem Referenten delegieren. Die jeweiligen Zeichnungs- und Anweisungsberechtigungen gemäss Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung am Verwaltungsgericht (ZAV VG) vom 19. Februar 2024 <a href="#">[BGS 162.14]</a> sind zu respektieren.</p> <p><sup>3</sup> <del>Der</del><u>Die Referentin oder der</u> Referent unterbreitet dem Gericht einen schriftlichen Antrag oder einen Urteilsentwurf.</p>	
<p><b>§ 20</b> Beurteilung als Einzelrichter, in Dreier- oder Fünferbesetzung</p> <p><sup>3</sup> Sind die Voraussetzungen für ein Nichteintreten auf ein Rechtsmittel offensichtlich erfüllt, so kann die Beurteilung durch den Einzelrichter erfolgen.</p>	<p><b>§ 20 Abs. 3 (geändert)</b> <del>Beurteilung als Einzelrichter, in Einzel-, Dreier- oder Fünferbesetzung</del> (Überschrift geändert)</p> <p><sup>3</sup> Sind die Voraussetzungen für ein Nichteintreten auf ein Rechtsmittel offensichtlich erfüllt, so kann die Beurteilung <del>durch den Einzelrichter</del><u>einzelrichterlich</u> erfolgen.</p>	
<p><b>§ 21</b> Vollmacht</p>	<p><b>§ 21 Abs. 1 (geändert)</b></p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<sup>1</sup> Parteivertreter haben als Ausweis eine Vollmacht zu den Akten zu legen; eine solche kann jederzeit nachgefordert werden.	<sup>1</sup> <del>Parteivertreter</del> Parteivertretungen haben als Ausweis eine Vollmacht zu den Akten zu legen; eine solche kann jederzeit nachgefordert werden.	
<p><b>§ 25</b> Akten</p> <p><sup>1</sup> Gerichtsakten werden in der Regel nur an patentierte Anwälte herausgegeben.</p> <p><sup>2</sup> Drittpersonen sind grundsätzlich nicht berechtigt, in die Gerichtsakten Einsicht zu nehmen; der Präsident kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen bewilligen, sofern keine berechtigten Interessen verletzt werden.</p> <p><sup>3</sup> Sind Akten abhanden gekommen, so werden sie soweit als möglich nach den Handakten des Gerichtes und der Parteien wiederhergestellt; die Parteien und weitere am Verfahren Beteiligte sind in diesen Fällen zur Herausgabe aller Unterlagen verpflichtet, welche die Sache betreffen.</p> <p><sup>4</sup> Die Akten erledigter Fälle werden den Einlegern zurückgegeben, im Übrigen nach den Bestimmungen des Archivgesetzes archiviert.</p>	<p><b>§ 25 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Gerichtsakten werden in der Regel nur an patentierte <u>Anwältinnen und Anwälte</u> herausgegeben.</p> <p><sup>2</sup> Drittpersonen sind grundsätzlich nicht berechtigt, in die Gerichtsakten Einsicht zu nehmen; <del>der Präsident</del> <u>das Präsidium</u> kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen bewilligen, sofern keine berechtigten Interessen verletzt werden.</p> <p><sup>3</sup> Sind Akten abhanden gekommen, so werden sie soweit als möglich nach den Handakten des <del>Gerichtes</del> <u>Gerichts</u> und der Parteien wiederhergestellt; die Parteien und weitere am Verfahren Beteiligte sind in diesen Fällen zur Herausgabe aller Unterlagen verpflichtet, welche die Sache betreffen.</p> <p><sup>4</sup> Die Akten erledigter Fälle werden <del>den Einlegern</del> zurückgegeben, im Übrigen nach den Bestimmungen des Archivgesetzes archiviert.</p>	<p><b>§ 25 Abs. 1 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Gerichtsakten werden in der Regel nur an patentierte <u>im Anwaltsregister eingetragenen</u> Anwältinnen und Anwälte herausgegeben.</p>
<p><b>§ 26</b> Präsenzpflicht der Richter</p>	<p><b>§ 26</b> Präsenzpflicht der Richter <u>Gerichtsmitglieder</u> (<b>Überschrift geändert</b>)</p>	
<p><b>§ 27</b> Verhandlung</p>	<p><b>§ 27 Abs. 1 (geändert)</b></p>	

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p><sup>1</sup> Bei einer öffentlichen Verhandlung kann der Präsident Personen, die Ruhe und Ordnung stören, wegweisen, in Fällen wiederholter grober Ordnungsstörungen auch Parteien und Parteivertreter.</p>	<p><sup>1</sup> Bei einer öffentlichen Verhandlung kann <del>der Präsident</del><u>das Präsidium</u> Personen, die Ruhe und Ordnung stören, wegweisen, in Fällen wiederholter grober Ordnungsstörungen auch Parteien und <del>Parteivertreter</del><u>ihre Vertretungen</u>.</p>	
<p><b>§ 28</b> Beratung und Abstimmung</p> <p><sup>1</sup> Bei der Beratung unterbreitet der Referent dem Gericht seinen Antrag.</p> <p><sup>2</sup> Anschliessend erteilt der Präsident zuerst denjenigen Richtern das Wort, die einen Gegenantrag stellen wollen.</p> <p><sup>3</sup> Verlangt kein Richter mehr das Wort, so schreitet der Präsident zur Abstimmung.</p>	<p><b>§ 28 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Bei der Beratung unterbreitet <u>die Referentin oder der Referent</u> dem Gericht <del>seinen</del><u>einen</u> Antrag.</p> <p><sup>2</sup> Anschliessend erteilt <del>der Präsident</del><u>das Präsidium</u> zuerst denjenigen <del>Richtern</del><u>Gerichtsmitgliedern</u> das Wort, die einen Gegenantrag stellen wollen.</p> <p><sup>3</sup> Verlangt kein <del>Richter</del><u>niemand</u> mehr das Wort, so schreitet <del>der Präsident</del><u>das Präsidium</u> zur Abstimmung.</p>	
<p><b>§ 29</b> Zirkulationsbeschluss</p> <p><sup>1</sup> Die Erledigung von Geschäften auf dem Zirkulationsweg ist zulässig. Jedem Richter bleibt vorbehalten, die mündliche Beratung zu verlangen.</p>	<p><b>§ 29 Abs. 1 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Die Erledigung von Geschäften auf dem Zirkulationsweg ist zulässig. Jedem <del>Richter</del><u>Gerichtsmitglied</u> bleibt vorbehalten, die mündliche Beratung zu verlangen.</p>	
<p><b>§ 30</b> Urteil – Unterzeichnung</p> <p><sup>1</sup> Urteile und Beschlüsse werden vom Präsidenten und vom Gerichtsschreiber unterzeichnet.</p>	<p><b>§ 30 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Urteile und Beschlüsse werden vom <del>Präsidenten</del><u>Präsidium</u> und <u>von der Gerichtsschreiberin oder vom Gerichtsschreiber</u> unterzeichnet.</p>	<p><b>§ 30 Abs. 1 (geändert)</b></p> <p><sup>1</sup> Urteile und Beschlüsse werden vom Präsidium und von der Gerichtsschreiberin <del>oder</del><u>bzw.</u> vom Gerichtsschreiber unterzeichnet.</p>

Geltendes Recht	[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<sup>2</sup> Verfügungen, die die Leitung des Verfahrens betreffen, sowie Mitteilungen unterzeichnet der betreffende Richter oder der Gerichtsschreiber.	<sup>2</sup> Verfügungen, die die Leitung des Verfahrens betreffen, sowie Mitteilungen unterzeichnet <del>der</del> <u>das</u> betreffende <del>Richter</del> <u>Richtersmitglied</u> oder <u>die</u> <del>Gerichtsschreiberin bzw.</del> der Gerichtsschreiber.	
<b>§ 31</b> Urteil – Erläuterung  <sup>2</sup> Ein Erläuterungsgesuch ist innert 30 Tagen nach Zustellung des Urteils einzureichen; der Präsident kann dem Erläuterungsgesuch aufschiebende Wirkung erteilen.	<b>§ 31 Abs. 2 (geändert)</b>  <sup>2</sup> Ein Erläuterungsgesuch ist innert 30 Tagen nach Zustellung des Urteils einzureichen; <del>der Präsident</del> <u>das Präsidium</u> kann dem Erläuterungsgesuch aufschiebende Wirkung erteilen.	
<b>§ 32</b> Urteil – Berichtigung  <sup>1</sup> Offenkundige Versehen, wie Schreibfehler, Rechnungsirrtümer und irrige Bezeichnung der Parteien, werden vom Gerichtsschreiber im Einverständnis mit dem Präsidenten und unter Mitteilung an die Parteien berichtigt.	<b>§ 32 Abs. 1 (geändert)</b>  <sup>1</sup> Offenkundige Versehen, wie Schreibfehler, Rechnungsirrtümer und irrige Bezeichnung der Parteien, werden <u>von der Gerichtsschreiberin bzw.</u> vom Gerichtsschreiber im Einverständnis mit dem <del>Präsidenten</del> <u>Präsidium</u> und unter Mitteilung an die Parteien berichtigt.	
<b>§ 33</b> Revisionsgesuch  <sup>1</sup> Revisionsgesuche werden vom Präsidenten an zwei Richter, die bei der Fällung des angefochtenen Urteils nicht mitgewirkt hatten, zur Prüfung überwiesen.  <sup>2</sup> Die beiden Richter unterbreiten ihren Antrag dem Gesamtgericht, das über das Revisionsgesuch entscheidet.	<b>§ 33 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)</b>  <sup>1</sup> Revisionsgesuche werden vom <del>Präsidenten</del> <u>Präsidium</u> an zwei <del>Richter</del> <u>Richtersmitglieder</u> , die bei der Fällung des angefochtenen Urteils nicht mitgewirkt hatten, zur Prüfung überwiesen.  <sup>2</sup> Die beiden <del>Richter</del> <u>Mitglieder</u> unterbreiten ihren Antrag dem Gesamtgericht, das über das Revisionsgesuch entscheidet.	
<b>§ 35</b> Inkrafttreten	<b>§ 35 Abs. 1 (geändert)</b>	

Geltendes Recht	<b>[M09] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 10. Juni 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)</b>	<b>[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)</b>
<sup>1</sup> Diese Geschäftsordnung tritt mit der Genehmigung durch den Kantonsrat[Vom Kantonsrat genehmigt am 27. Januar 1977 (GS 21, 11), am 26. März 1992 (GS 24, 23), am 28. November 1996 (GS 25, 453) und am 21. Februar 2025 (GS 2025/009).] in Kraft. Sie gilt auch für die bereits anhängigen Verfahren.	<sup>1</sup> Diese Geschäftsordnung tritt mit der Genehmigung durch den Kantonsrat[Vom Kantonsrat genehmigt am 27. Januar 1977 (GS 21, 11), am 26. März 1992 (GS 24, 23), am 28. November 1996 (GS 25, 453), am 21. Februar 2025 (GS 2025/009) und am ..... ] in Kraft. Sie gilt auch für die bereits anhängigen Verfahren.	
	<b>II.</b>	
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>	
	<b>III.</b>	
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>	
	<b>IV.</b>	
	Diese Änderungen bedürfen der Genehmigung durch den Kantonsrat. Sie treten nach der Genehmigung[Vom Kantonsrat genehmigt am .....] am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am ....].	
	Zug, 27. Oktober 2025  Verwaltungsgericht des Kantons Zug  Die Präsidentin Diana Oswald  Die Generalsekretärin Claudia Meier-Wiesner  Publiziert im Amtsblatt vom ....	

